

## Die PKV ist besser als ihr Ruf

Das Gesundheitssystem zählt zu den größten Wirtschaftssektoren Deutschlands. Der Anteil an der Gesamtwirtschaft beträgt 12 Prozent. Demnach ist jeder sechste Arbeitsplatz auf den Gesundheitssektor zurückzuführen. Die PKV ist in diesem System eine unverzichtbare Größe. [Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (2017)]

### Lohnzusatzkosten

Arbeitgeber in Deutschland werden jedes Jahr um 1,33 Milliarden Euro durch Privatversicherte entlastet. Für freiwillig gesetzlich Krankenversicherte ist der Arbeitgeberbeitrag meist höher als für Privatversicherte. Dadurch fallen die Lohnzusatzkosten niedriger aus und können in mehr Arbeitskräfte oder Investitionen fließen. Dies betrifft besonders Branchen mit einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften. [Quelle: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (2016)]

### Medizinische Infrastruktur

Durch die Privatversicherten wird pro Jahr ein Mehrumsatz von 12,5 Milliarden Euro für das deutsche Gesundheitssystem generiert. Durch diese zusätzlichen Einnahmen können Ärzte, Hebammen, Krankenhäuser und Heilmittelerbringer in neue und moderne Geräte sowie in mehr Personal investieren. [Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (2016)]

### Ökonomischer Fußabdruck

Rein durch die Geschäftstätigkeit der PKV in Deutschland ist sie mit 8,6 Mrd. € an direkter, indirekter und induzierter Bruttowertschöpfung beteiligt. Hierzu zählen zum Beispiel die Tätigkeit der einzelnen Mitarbeiter innerhalb des Unternehmens, der Einkauf von Technik von externen Anbietern und die Kaufkraft, die durch die Entlohnung der Arbeitskraft generiert wird. [Quelle: WifOR (2016)]

Als Finanzier von Gesundheitsleistungen ist die PKV darüber hinaus mit 28,7 Mrd. EUR an direkter, indirekter und induzierter Bruttowertschöpfung in Deutschland beteiligt. [WifOR (2017)]

In einer Bürgerversicherung ohne Privatversicherte entfielen eine jährliche Bruttowertschöpfung von 13,4 Mrd. EUR. Damit verbunden wäre der Wegfall von 303.048 Erwerbstätigen. [WifOR (2017)]

Bei einem Wegfall der PKV werden dem deutschen Gesundheitswesen und der Volkswirtschaft finanzielle Mittel entzogen, die zwangsläufig zu steigenden Beiträgen oder eingeschränkten Leistungen in der Bürgerversicherung führen müssen. Gleichzeitig resultiert hieraus ein immenser Arbeitsplatzverlust weit über den Gesundheitssektor hinaus.

## Vorurteile und die Realität

Die politische Diskussion über die Bürgerversicherung ist im vollen Gange. Dabei bedienen sich die Befürworter der Bürgerversicherung häufig einer Argumentation, deren Aussagekraft durchaus zu hinterfragen ist. Betrachtet man die einzelnen Fakten, haben wir gute Antworten darauf:

### Vorurteile der Befürworter

In der PKV sind nur Gutverdienende versichert. Viele PKV-Versicherte wünschen die Rückkehr in die gesetzliche Krankenkasse. GKV-Versicherte haben deutlich längere Wartezeiten als PKV-Versicherte.

PKV-Versicherte entziehen sich der Solidarität.

Die Beiträge sind im Alter nicht mehr finanzierbar. Jedes Jahr erfolgen hohe Beitragssteigerungen.

### Realität

Nur 12% der PKV-Versicherten sind Angestellte, die über der Versicherungspflichtgrenze liegen. Laut einer Umfrage des IfD Allensbach im Jahr 2016 würden 17 Millionen gesetzlich Versicherte gerne in die PKV wechseln.

Lediglich 3% der Versicherten mussten zwei Monate oder länger auf einen Termin beim Facharzt warten (Quelle: Commonwealth Fund 2016). Zum Vergleich: In den Niederlanden sind es 7% und in Großbritannien sogar 19%. Beide haben ein Einheitssystem.

Im Gegensatz zur PKV erhielt die GKV im Jahr 2016 14 Milliarden Euro an Steuerzuschüssen. Privatversicherte und die PKV tragen somit ihren Steuern zur Finanzierung der GKV bei. Krankenkassen müssen keine Steuern zahlen.

Die PKV bildet Alterungsrückstellungen, um höhere Kosten im Alter zu decken.

Im Durchschnitt stiegen die Beiträge der PKV seit 2007 um 3,0% p.a., während sich die Beiträge der GKV im gleichen Zeitraum um 3,2% p.a. erhöhten.

Die Aufstellung zeigt deutlich, dass die wesentlichen Punkte der Befürworter der Bürgerversicherung nicht zutreffend sind.

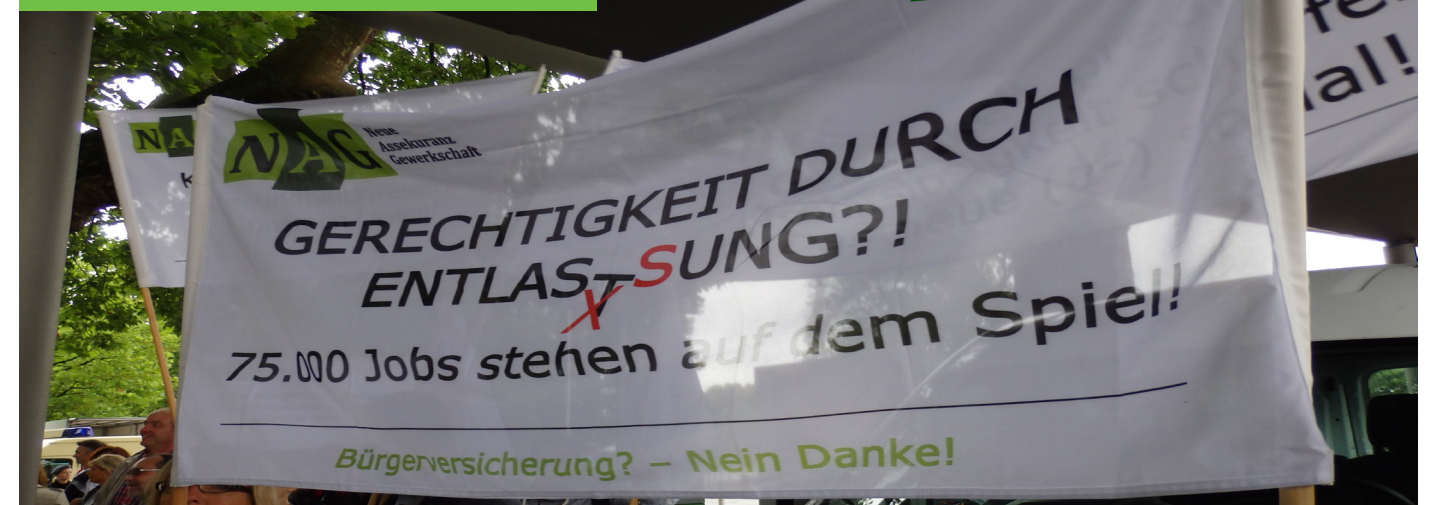
**Nur GKV und PKV gemeinsam machen unser Gesundheitssystem zu einem der Besten der Welt!**



## Neue Assekuranz Gewerkschaft

Die Gewerkschaft für Versicherungsangestellte

1.000 Beschäftigte demonstrieren am 25. Juni 2017 in Dortmund anlässlich des SPD-Parteitag gegen die Bürgerversicherung



**Solidarisch. Kompetent. Für mich stark!**

## PKV-Spezial: Erneuter Angriff auf 75.000 Arbeitsplätze

Am 25. Juni hat die SPD ihr Programm für die Bundestagswahl beschlossen. "In der Gesundheitsversorgung wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir auch eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte."

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) gibt es seit 1884. 121 Jahre lang -bis 2005- konnten die Beiträge zu gleichen Teilen von den Unternehmen und den Beschäftigten getragen werden, obwohl es auch private Krankenversicherungen (PKV) gab. Dann allerdings regierten SPD und Grüne und schafften die paritätische Beitragszahlung ab. Nun begründet die gleiche SPD die Bürgerversicherung damit, dass nur so die Parität wieder hergestellt werden kann. Logik geht anders!

Der zweite Grund für die Bürgerversicherung ist die gleiche Bezahlung der Ärzte, mit der sichergestellt werden soll, dass auch alle gleich behandelt werden. Dabei unterschlägt Martin Schulz geflissentlich, dass es Zusatzversicherungen gibt; über die Ärzte Leistungen abrechnen können, für die die GKV gar nicht zahlt. So bleibt die Gleichbehandlung ein leeres Versprechen.

Was aber als Tatsache bleibt: Entweder wird es für die gesetzlich Versicherten teuer, weil sie beim Arzt mehr zahlen müssen, oder den Ärzten fehlt ein Teil ihrer heutigen Einkünfte, weil sie bei privat Versicherten weniger abrechnen dürfen. Die medizinische Versorgung leidet darunter. Und in der PKV fallen sofort alle Arbeitsplätze weg, die mit dem Vertrieb zusammenhängen. Der Rest der Beschäftigten wird nach und nach arbeitslos.

Die Mittäter von 2005 wollen heute auch nichts mehr von ihrem damaligen

Tun wissen. So heißt es bei den GRÜNEN: "Derzeit ist der Arbeitgeberbeitrag geringer und bleibt gleich. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen daher alle Kostensteigerungen alleine. Das ist ungerecht." (Programm 2017, "Wir schaffen für alle eine gute und gerechte Gesundheitsversorgung") Und auf Seite 173 des Wahlprogramms finden wir dann einen einzigen Satz zur Krankenversicherung. "Wir werden die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen und stattdessen mit einer Bürger\*innenversicherung eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen." Wie das geschehen soll, ist den Grünen bei dieser Wahl keine weitere Überlegung wert.

Konkreter wird da die LINKE. "Im ersten Schritt wollen wir die paritätische Finanzierung wiederherstellen und die Zuzahlungen abschaffen." Aber im zweiten Schritt kommt es ganz dicke: "Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied der Solidarischen Gesund-



heitsversicherung werden, auch die derzeit Privatversicherten.“ (Sozial. Gerech. Frieden.Für alle. - S. 29)

Somit müssen wir für alle drei Parteien feststellen: Sie wollen die Arbeitsplätze in der PKV vernichten. Die LINKE will sie komplett abschaffen, die SPD verhindern, dass die PKV neue Mitglieder aufnehmen kann. Das macht lediglich im Tempo einen Unterschied, nicht aber in der Tatsache, dass die Beschäftigten arbeitslos werden sollen. Und, dass die GRÜNEN das Thema nur kurz behandeln, ist sicher kein Grund zum Optimismus.

Den aber offenbart jetzt ver.di. „ver.di hat sich in dieser Frage für eine ge-

rechte und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung – die Bürgerversicherung – ausgesprochen. Aber weder ver.di noch DGB sind deshalb für die Abschaffung der PKV – im Gegenteil: Der ver.di Bundesfachgruppenvorstand Versicherungen hat deshalb einen Prozess gestartet, der die Beschäftigten-Gruppe der PKV weg von der „Bewahrer-Rolle“ hin zu aktiven Mitgestaltern des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses werden lässt... Nur so wird es möglich, bei der Umgestaltung der PKV und GKV auch Sozialverträglichkeit und Arbeitsplatzsicherung ins Logbuch der sozialen Veränderungen zu schreiben.“ (ver.di Finanzdienstleistungen, PKV – Bürgerversicherung)

### Die NAG macht mobil...

... gegen die von SPD, Grünen, Linken, DGB und ver.di geforderten Bürgerversicherung! Zum einen durch eine aktive Unterstützung der Betriebsratsinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“, aber auch durch weitere vielfältige Aktivitäten.

Am Sonntag, den 25. Juni 2017, rief die Betriebsratsinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“ anlässlich des SPD-Bundesparteitages zu einer Demonstration auf. Rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen der Unterneh-

men folgten diesem Aufruf und machten stimmungsvoll und lautstark den Delegierten auf ihrem Weg zur Tagung deutlich, dass sie um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze kämpfen! Vorstand, Gewerkschaftsrat und Sekretäre der NAG waren vor Ort dabei, um die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Transparente wie „Gerechtigkeit predigen! Arbeitslosigkeit schaffen! Das neue (A)Sozial.“ verdeutlichten den Politikern die Sorge der Demonstranten um ihre Arbeitsplätze. Eine sehr gelungene Veranstaltung!

Darüber hinaus engagieren wir uns in den Betrieben. Unsere Sekretäre Andrea Kracht, Thomas Kreisler und Richard Sommer stellen ebenso in Betriebsversammlungen, Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratssitzungen wie auch in zahlreichen Kontakten mit den Verbänden und Vertretern der Politik unsere Position – ein klares NEIN zur Einführung einer Bürgerversicherung – dar und erläutern Hintergründe dieser Position.

Gewerkschaftsratsmitglied Hans-Jürgen Pahlke machte in seinem Unter-

Die Parteien sagen klar: Künftig müssen alle, auch Beamte und Selbständige sich gesetzlich versichern. Damit sind die Arbeitsplätze in der PKV weg, aber dank ver.di „sozialverträglich“. Das kennen wir von vielen Personalabbaumaßnahmen in den Konzernen: Am Ende gibt es eine Abfindung oder einen Vorruhestand, aber der Arbeitsplatz ist weg. Und dabei sollen die Betroffenen nach dem Willen der ver.di-Funktionäre auch noch mitarbeiten.

**Da sagt die NAG doch lieber zusammen mit vielen Betriebsräten der Branche: „Bürgerversicherung? Nein danke!“**



INTER-Betriebsratsvorsitzender und NAG-Mitglied Jörg Friedrichs, Gewerkschaftssekretärin Andrea Kracht und NAG-Gewerkschaftsrat Hans-Jürgen Pahlke vor den gesammelten Unterschriften

nehmen, der INTER Versicherungsgruppe in Mannheim, zusammen mit seinen NAG-Kollegen das Thema zu einem wichtigen Tagesordnungspunkt auf der Betriebsversammlung im Juni. Gemeinsam mit Andrea Kracht konnten viele Unterschriften aus der Belegschaft gegen eine Bürgerversicherung gesammelt werden.

In der ERGO-Gruppe sammelten Andrea Kracht, NAG-Vorstand Gaby Mücke und Gewerkschaftsratsvorsitzender Marco Nörenberg an fünf Standorten (München, Hamburg,



Marco Nörenberg und Alina Sabert von der Continental präsentieren Ralf Stegner von der SPD im Keller Landtag über 1.000 Unterschriften von ERGO-Beschäftigten gegen die Bürgerversicherung

Köln, Düsseldorf und Nürnberg) über 1.000 Unterschriften. Marco Nörenberg präsentierte diese dann in einem Termin von Betriebsräten im Rahmen eines Gespräches der Initiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“ gemeinsam mit Gewerkschaftsrat Uwe Runge dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Ralf Stegner.

In zahlreichen Gesprächen, insbesondere mit Bundestagspolitikern

und –kandidaten, lassen wir es an Deutlichkeit nicht mangeln, dass die Bürgerversicherung nicht nur 75.000 Arbeitsplätze vernichtet, sondern darüber hinaus auch schwerwiegende negative Folgen für unser Gesundheitssystem hat. So ist eine Bürgerversicherung weder „gerechter“, noch löst sie die vielfältigen Herausforderungen im Gesundheitswesen. Tatsächlich trägt die PKV überproportional zur Finanzierung bei: etwa 10% der Versi-

cherten sind in der PKV, die rund 30% der Kosten des Gesundheitswesens tragen. Die PKV wird bei Defiziten nicht mit Steuergeldern gestützt (vielmehr arbeiten die PKV-Unternehmen profitabel und zahlen Steuern), sind innerhalb ihrer Versichertenkollektive solidarisch und sind nachhaltig mit Alterungsrückstellungen finanziert, um nur einige Punkte zu nennen. Wir von der NAG bleiben dabei: **Bürgerversicherung? Nein danke!**

Interview mit dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats Die Hallesche und Gewerkschaftsratsmitglied Uwe Runge

## „Die NAG steht als einzige Gewerkschaft zur PKV und ihren Beschäftigten“

Uwe, Du hast einen wahren Marathon an Politikerbesuchen hinter Dir. Als Mitglied der Betriebsratsinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“ hast Du mit Betriebsratskolleginnen und Kollegen anderer Versicherer Politiker unterschiedlicher Parteien besucht. Wen habt Ihr besucht und was war dabei Eure wesentliche Zielsetzung?

„Wir haben im Norden (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin) alle Landtagsfraktionen und aussichtsreichen Kandidaten für den nächsten Bundestag von CDU, SPD, Grünen, Linken und FDP angeschrieben und um ein Gespräch gebeten. Von den Linken wollte niemand mit uns sprechen. Dietmar Bartsch hat immerhin ein Antwortschreiben geschickt. Ansonsten war von dieser Partei nichts zu hören. Mit Vertretern der anderen Parteien gab es zahlreiche Gespräche. Es war unsere Absicht, die Befürworter der „Bürgerversicherung“ nachdenklich zu stimmen und die Gegner der Einheitsversicherung wollten wir in ihrer Ansicht noch stärker festigen. Wichtig war uns auch, dass die Politiker Gesichter kennen

lernen, die hinter den Arbeitsplätzen stehen, die durch ihre Entscheidung betroffen sind. Auch das soll dazu führen, die Nachdenklichkeit noch weiter zu steigern.“

Die private Krankenvollversicherung ist eine wesentliche Stütze unseres Gesundheitssystems. Trotzdem soll sie der vermeintlich gerechteren Bürgerversicherung geopfert werden. Wie ist Deine Sicht als Betriebsrat eines großen Krankenversicherers auf diese Gerechtigkeitsargumentation?

„Es mag so sein, dass Privatpatienten bei vielen Ärzten bevorzugt behandelt werden. Da gibt es gar nichts drum herum zu reden. Aber daran würde auch keine „Bürgerversicherung“ etwas ändern. Mal abgesehen von den Linken, will keine Partei die PKV vollständig abschaffen. Es wird also Zusatzversicherungen geben, mit denen sich die Menschen zusätzliche Leistungen kaufen können. Das würden dann die von den Ärzten bevorzugten Patienten von morgen sein. Gerechtigkeit bringt das nicht, sondern kostet nur unsere Arbeitsplätze. Selbst ohne Zusatzversicherungen würde es eine Zweiklassenmedizin geben. Besonders gutbetuchte Menschen wären jederzeit in der Lage, Leistungen in bar zu bezahlen, die nicht versichert sind. Das gilt auch für Behandlungen im Ausland. Ich höre immer wieder, dass mit der „Bürgerversicherung“ die paritätische Finanzierung der Gesundheitsversorgung zurückkommen soll. Das mag ja ganz nett sein. Gleichzeitig sollen aber auch alle Kapitalein-

künfte verarbeitet werden. Was hat es mit Parität zu tun, wenn Ihr und ich Beiträge auf die kärglichen Zinsen unseres Bausparvertrages zahlen sollen. Da wird doch mit Sicherheit kein Arbeitgeber verpflichtet werden, den gleichen Betrag noch einmal oben drauf zu legen.“

Die Bürgerversicherung wird nicht nur von politischen Parteien, sondern auch von ver.di und dem DGB gefordert. Sollten sich Gewerkschaften nicht für den Erhalt von Arbeitsplätzen einsetzen?

„Das ist ganz besonders enttäuschend. Der gesamte DGB mit ver.di fordert die „Bürgerversicherung“. Dabei hat „deren“ Hans-Böckler-Stiftung ganz genau herausgearbeitet, dass die Bürgerversicherung selbst – aber auch jedes Transformationsmodell die Arbeitsplätze in der PKV quasi vollständig auslöscht. Aus purer Ideologie heraus wird von diesen „Gewerkschaften“ ein Modell befürwortet, das am Ende niemanden nützen wird, sondern ausschließlich Arbeitsplätze vernichten wird. Im übrigen werden Jobs nicht nur in der PKV verloren gehen, sondern auch in Arztpraxen, bei den Beihilfestellen, bei der PVS und und und. Sollten SPD und Grüne ihre Drohung wahr machen und ihr Modell der „Bürgerversicherung“ tatsächlich so durchsetzen, wie von ihnen angekündigt, hätte das auch eine massive Erhöhung der Beiträge zur GKV zur Folge. Und das alles mit dem Segen von ver.di und DGB.“



Uwe Runge (miter von Links) besucht mit Betriebsräten verschiedener Versicherer, unter ihnen die NAG'er Guido Yorks (Pfeilsch), Alina Sabert und Jan Scherer (Continental) und Marco Nörenberg (ERGO) diverse Politiker. Dieses Bild entstand im Anschluss an eine 90 Minuten andauernde intensive Diskussion mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner